

<https://www.oekonomenstimme.org/artikel/2020/02/finnland-oesterreich-und-schweden--wer-profitierte-wieviel-von-25-jahren-eu-mitgliedschaft/>



Finland, Österreich und Schweden – wer profitierte wieviel von 25 Jahren EU-Mitgliedschaft?

[Fritz Breuss](#), 7. Feb. 2020

Obwohl Finnland und Schweden seit 1995 rascher gewachsen sind als Österreich, postulieren Integrationsstudien, dass Österreich mit 0,8 Prozentpunkten Mehrwachstum jährlich am meisten vom EU-Beitritt profitiert hat. Die Ostöffnung und EU-Erweiterung haben den Unterschied ausgemacht.

Am 1. Jänner 1995 sind Finnland, Österreich und Schweden einer EU beigetreten, die sich seither dramatisch verändert hat: der Binnenmarkt wurde immer vollkommener, die Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen und der Euro eingeführt, Schengen realisiert und ab 2004 kam es zur großen EU-Erweiterung auf 28 Mitgliedstaaten. Österreich und Finnland haben an allen Stufen der Vertiefung der EU teilgenommen, Schweden hat den Euro nicht eingeführt. Mit dem Beitritt zur EU kommt es zur Einschränkung der nationalstaatlichen Autonomie und die Abgabe von Kompetenzen an die Union zu Gunsten einer verstärkten Mitgestaltung in der Gemeinschaft. Die Briten schätzten bei ihrem Brexit-Referendum offensichtlich den Nutzen dieser Kompetenzverschiebung nach Brüssel geringer ein als die Wiedererlangung staatlicher Autonomie („taking back control“). Seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags am 1. Dezember 2009 sind die Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten in drei Kategorien aufgeteilt (ausschließliche EU-Zuständigkeit, mit den Mitgliedstaaten geteilte und unterstützende Zuständigkeiten).

Nach dem verpflichtenden Eintritt in den Binnenmarkt – das Herzstück der EU-Integration – ist für alle EU-Mitgliedstaaten die Vergemeinschaftung der Außenhandelspolitik (GHP, GZT) und die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) besonders einschneidend. Für EU-Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, kommt die Zentralisierung der Geldpolitik (EZB) und der Zwang zur (komplizierten) Koordinierung der Wirtschaftspolitik (vor allem der Fiskalpolitik) hinzu. Schweden verweigert nach wie vor die Einführung des Euro und behält sich durch die Option von Abwertungen einen wichtigen Freiheitsgrad zur Gestaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Allerdings ist Schweden mit diesem Abseitsstehen von einer wichtigen Vertiefung der EU-Integration bloß ein „Teilzeitmitglied“ der EU.

Makroperformance versus Integrationseffekte

Ein kurzer Vergleich der makroökonomischen Entwicklung dieser drei kleinen offenen Volkswirtschaften mit Deutschland und Ländern außerhalb der EU zeigt, dass Finnland und Schweden – gemessen am realen BIP und BIP pro Kopf – in den letzten 25 Jahren rascher gewachsen sind als Österreich (siehe Tabelle 1). Auch gegenüber den Vergleichsländern Deutschland, USA und Schweiz hatten die skandinavischen Länder die Nase vorne. Alle drei Länder zählen zu den reichsten EU-Mitgliedstaaten. Bezüglich Inflation, Staatshaushalt und Leistungsbilanz schneidet Österreich ebenfalls schlechter ab. Lediglich die Arbeitslosigkeit lag in Österreich deutlich unter jener Finnlands und Schwedens. Alle drei reichen EU-Mitgliedstaaten sind Netto-Zahler in den EU-Haushalt. Im Durchschnitt 1995-2018 zahlte Schweden mit 0,34% des BIP pro Jahr netto am meisten in den EU-Haushalt ein (Finnland 0,14%, Österreich 0,25%).

Österreich konnte im letzten Vierteljahrhundert seine F&E-Quote bis an jene von Schweden (rund 3,5 % des BIP) anheben. Finnland ist von 3,9% im Jahr 2009 auf unter 3% zurückgefallen. Während Österreich und Finnland ab 1999 den Euro eingeführt haben, konnte Schweden durch Abwertungen der SKR (seit 1995 um 0,7% pro Jahr) seine internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern. In Österreich hat der Einstieg in den Euro dazu geführt, dass der zuvor starke Aufwertungstrend des Schilling gegenüber den „Weichwährungen“ Südeuropas gestoppt wurde.

Tabelle 1: Makroökonomische Kennzahlen: Finnland, Österreich und Schweden. Durchschnitte pro Jahr, 1995-2020.

Variablen	Maßstab	Österreich	Finnland	Schweden	EU-12	Deutschland	USA	Schweiz
BIP real	%	1.86	2.25	2.50	1.57	1.40	2.46	1.83
BIP real pro Kopf ¹⁾	%	1.44	1.92	1.91	1.65	1.36	1.63	1.00
BIP real ¹⁾ 2020		47229	42415	47929	39450	47344	57720	57832
Inflation	%	1.74	1.54	1.51	1.48	1.42	2.20	1.85
Arbeitslosenquote	%	4.88	9.07	7.63	8.12	7.11	5.62	4.10
Budgetsaldo	in % BIP	-2.17	0.21	0.01	-2.47	-1.52	-5.47	-0.17
Staatschuld 2020	in % BIP	64.57	59.82	32.04	83.1	55.0	116.7	36.0
Intra-EU-Exporte	%	6.59	4.25	4.46				
Intra-EU-Exporte 2020	Anteil in %	71.70	56.70	57.20				
Leistungsbilanz	in % BIP	1.19	2.32	4.78	0.82	4.19	-1.08	9.68

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission; IMF; *) Reales BIP in PPS, 2011 internationaler USD; EU in variabler EU-Definition

Angesichts der tatsächlichen, besseren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von Finnland und Schweden im Vergleich mit Österreich (siehe Tabelle 1) verwundert es, dass fast alle Studien zum Schluss kommen, dass die skandinavischen Länder schlechter abschneiden als Österreich (siehe Tabelle 2). Ein Hauptgrund dürfte sein, dass die meisten Studien die EU-Effekte ausschließlich mit Handelszuwächsen begründen. Österreich hat – weil sein Intra-EU-Handel (nicht zuletzt durch die Ostöffnung und EU-Erweiterung) dynamischer verlaufen ist – in dieser Hinsicht einen Vorteil. Meist wird Schweden vor Finnland als Gewinner der EU-Mitgliedschaft eingestuft (Tabelle 2).

Tabelle 2: Schätzungen von Integrationseffekten im Vergleich

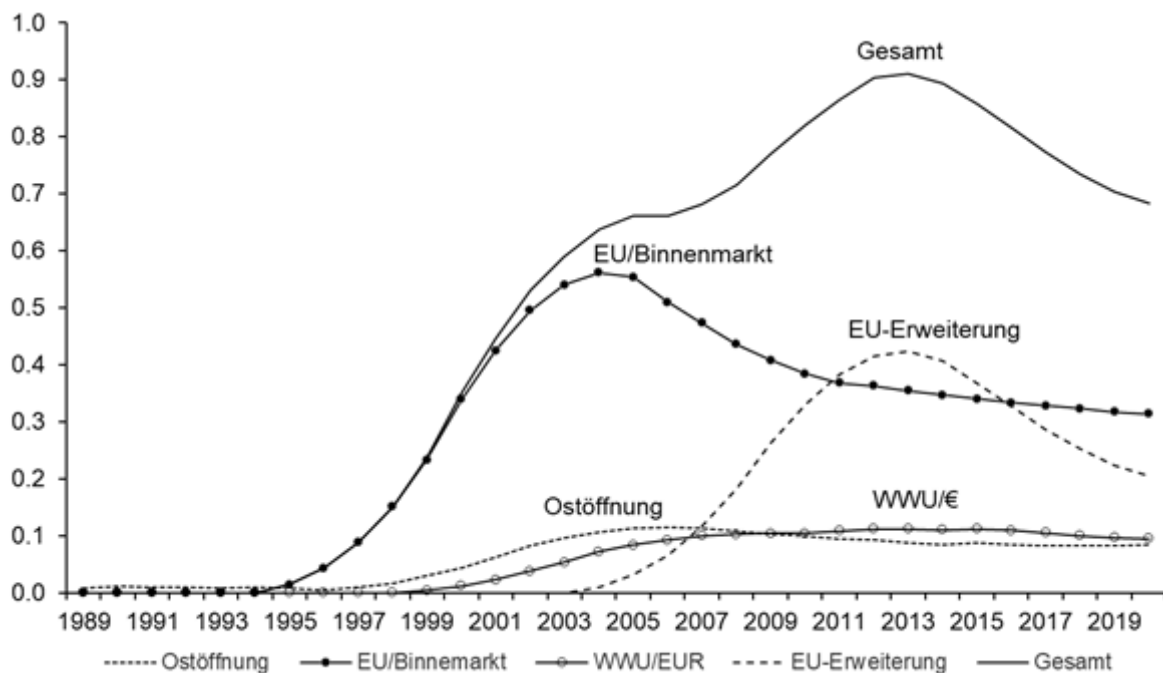
Autoren	Methode	Maßstab	Österreich	Finnland	Schweden
Mion-Ponattu (2019)	CGE-Modell	BM Wohlfahrt kum % 2010-2016	3.92	2.52	2.80
London Economics (2017)	Ökonometrische Schätzungen mit 5 Indikatoren	BM BIP pro Kopf % 1995-2015	2.58	1.71	1.50
Felbermayr et al. (2018)	ifo-Handels- modell	BM Wohlfahrt kum % 2000-2014	6.17	3.78	4.22
Oberhofer (2019)	Gravitäts- und IO-Modell	BIP, real % pro Jahr 1995-2014	0.70	0.30	0.20
Breuss	Integration- Makromodell	BIP, real % pro Jahr 1995-2020	0.46 ^{*)} (0.81) ^{**)}	0.44 ^{*)}	0.41 ^{*)}
Breuss	CGE-Modell GTAP10 ^{***)}	Wohlfahrt kum % BIP 1995-2014	7.90	3.80	5.30

Bemerkungen: BM = Binnenmarkt; kum = kumuliert; *) Ergebnis des auf Handel und FDI reduzierten EU-Integrationsmodells von Breuss (2020); **) vollständiges EU-Integrationsmodells von Breuss (2020); ***) In den GTAP10-Simulationen (ein 10x10 Modell mit 10 Ländern und 10 Sektoren) wird unterstellt, dass der EU-Beitritt den Abbau von 20% NTBs impliziert.

25 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs

Eigene Schätzungen mit einem neu geschätzten Integrationsmodell (Breuss, 2020)^[11] ergeben für Österreich erheblich positive makroökonomische Effekte der Europaintegration in mehreren Schritten: Ostöffnung 1989, EU-Beitritt 1995, WWU/Euro 1999/2002, EU-Erweiterung ab 2004. Jeder neue Integrationsschritt hat zu einem Wachstumsimpuls geführt, der mit der Zeit abklingt (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Wachstumseffekte der 25-jährigen EU-Mitgliedschaft Österreichs, reales BIP, jährliche Prozentveränderungen (*gleitende Durchschnitte*)



Bemerkung: Gesamt = EU/Binnenmarkt + WWU/€ + EU-Erweiterung
Quelle: Breuss (2020)

Bereits die *Ostöffnung 1989* kann für Österreich als Vorstufe zur vollen EU-Integration angesehen werden. Durch dieses welthistorische Ereignis rückte Österreich vom Rand in die Mitte Europas. Alte k.u.k-Bande halfen Österreich als eines der ersten Länder wieder verstärkt in Osteuropa handelspolitisch Fuß zu fassen. Das hat Österreich zu einem jährlichen BIP-Wachstum von rund 0,1 Prozentpunkten verholfen (siehe Abbildung 1). Der Eintritt in den *EU-Binnenmarkt ab 1995* hat das reale BIP jährlich um 0,4 Prozentpunkten gesteigert. Die *Teilnahme an der WWU 1999* und die Übernahme des *Euro 2002* haben zu einem weiteren, wenn auch nicht sehr starken Schub für Österreichs Volkswirtschaft geführt. Das reale BIP stieg dadurch jährlich um 0,1 Prozentpunkte. Nachdem die Binnenmarkteffekte durch den EU-Beitritt bereits abzuklingen begannen, hat die große *EU-Erweiterung*, beginnend 2004 Österreichs Wirtschaft einen neuerlichen Stimulus verschafft. Der Außenhandel und die FDI's konnten weiter gesteigert werden und das BIP wurde dadurch jährlich um 0,3 Prozentpunkte erhöht.

Insgesamt waren *25 Jahre EU-Mitgliedschaft* für Österreichs Volkswirtschaft äußerst positiv. Das belegen nicht nur die eigenen Schätzungen, sondern auch jene von anderen Institutionen (siehe Tabelle 2). Nach den eigenen Schätzungen konnte Österreich seinen gesamten Außenhandel deutlich steigern (Exporte plus Importe um 43%). In ähnlicher Größenordnung sind die gegenseitigen FDI's gestiegen. Insgesamt resultierten *25 Jahre EU-Mitgliedschaft* in einem jährlichen Anstieg des realen BIP von 0,8 Prozentpunkten (siehe Abbildung 1). Mittlerweile liegt das Österreichische BIP pro Kopf (zu Preisen von 2015) dank dem EU-Beitritt um rund 7.100 Euro höher.

Kaum weitere Impulse zu erwarten

Zwar suggerieren diverse Studien, dass das volle Potential des EU-Binnenmarktes noch nicht ausgeschöpft ist und eine „volle“ Vollendung weitere 0,5 Prozentpunkte mehr BP-Wachstum bringen könnten (Wolfmayr, 2020), doch legen drei Entwicklungen den Schluss nahe, dass keine neuen Integrationsimpulse für EU-Mitgliedstaaten mehr zu erwarten sind.

Zum einen schwächt sich die „Ostdynamik“ ab. Bis vor kurzem wuchs das reale BIP der neuen EU-Mitgliedstaaten um mehr als zwei Prozentpunkte rascher als jenes der alten EU-Mitglieder. Jüngste Prognosen sehen aber eine Konvergenz in Richtung niedrigerer Wachstumsvorsprünge voraus. Das trifft besonders Österreichs Außenwirtschaft, die von Ostöffnung und EU-Erweiterung traditionell am meisten profitierte.

Zweitens sind kaum neue Impulse von der Eurozone zu erwarten. Zum einen wird sie dauernd reformiert und sie hat sich erst vor kurzem von einer schweren Krise erholt. Zum anderen könnte selbst eine Ausdehnung in naher Zukunft, was den „Euro für alle“ bringen würde, kaum Wachstumsimpulse liefern, da es sich bei den Nicht-Euroländern – mit Ausnahme Polens – um kleine Länder handelt.

Drittens sollte man nicht die möglichen Kosten des Brexits vernachlässigen. Selbst bei einem soft-Brexit mit einem umfassenden Handelsabkommen mit der EU kommt es – zwar zu einer minimalen – aber immerhin zu einer Dämpfung der Wirtschaftsentwicklung in den restlichen EU-27-Mitgliedstaaten. Zudem dürfte es Einschränkungen im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR 2021-2027) zur Folge haben. Die Lücke, die der Nettozahler GB hinterlässt, müsste entweder durch Einsparungen oder Mehrzahlungen in den EU-Haushalt kompensiert werden.

Offen ist auch die Frage, ob nicht die enormen Kosten (Investitionen von 1 Billion Euro) zur Erreichung des ehrgeizigen Ziels des „Green Deals“ der neuen EU-Kommission (Klimaneutralität bis 2050) nicht den Nutzen (Transformation durch Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft) übersteigen könnten.

- ¹ Dieser Beitrag basiert auf dem ÖGfE Policy Brief 01‘2020 vom 8. Jänner 2020 mit dem Titel [„25 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs – eine makroökonomische Bewertung“](#). Auch die Literaturtitel, die hier angeführt sind, findet man im ÖGfE Policy Brief.

©KOF ETH Zürich, 7. Feb. 2020

Autor

[Fritz Breuss](#)



[Schlagworte](#)

[Binnenmarkt](#), [EU](#), [Euro](#), [Finnland](#), [Integration](#), [Schweden](#), [Österreich](#)